

Tierschutz, | 28.08.2026 | Nr. 266/26

Rixa Kleinschmit: TOP 34: Tierheime und Kommunen nicht allein lassen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

bei einem meiner ersten Besuche in einem Tierheim wurde mir Rocky gezeigt. Rocky war ein Rottweiler-Mischling und lebte zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehr als vier Jahren in der Einrichtung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten sich mit großem Engagement um ihn gekümmert. Doch trotz aller Bemühungen konnte Rocky nicht vermittelt werden. Und eine realistische Aussicht darauf gab es ebenfalls nicht.

Der tägliche Umgang mit ihm war schwierig. Nicht alle Beschäftigten konnten sich ihm gefahrlos nähern. Auslauf, Spaziergänge oder der Kontakt mit anderen Hunden waren nur sehr eingeschränkt möglich.

Rocky ist kein Einzelfall.

Unsere Kommunen und Tierheime werden immer wieder mit solchen Fällen konfrontiert. Tiere kommen beispielsweise nach einer Beschlagnahmung oder nach dem Tod ihrer Halterinnen und Halter in die Obhut eines Tierheims.

Und dann stellt sich eine schwierige Frage. Was passiert mit einem Tier, das aufgrund seines individuellen Gefahrenpotentials dauerhaft nicht oder nur unter erheblichen Einschränkungen vermittelbar ist? Diese Frage dürfen wir nicht ausblenden.

Denn eine jahrelange Unterbringung ist für alle Beteiligten eine enorme Belastung. Für die Kommunen entstehen dauerhaft hohe Kosten. Für die Tierheime werden wertvolle Kapazitäten gebunden. Und auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die vielen Ehrenamtlichen kann der Umgang mit solchen Tieren eine erhebliche Belastung und ein Sicherheitsrisiko darstellen.

Deshalb wollen wir, dass auf Bundesebene nach einer rechtssicheren, praxistauglichen und zugleich humanen Lösung gesucht wird.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, schwierige Entscheidungen leichtfertig zu treffen. Im Gegenteil. Wir müssen den Tierschutz, den Schutz von Menschen und

anderen Tieren, den Arbeitsschutz sowie die Möglichkeiten unserer Tierheime und Kommunen gemeinsam in den Blick nehmen.

Aber Verantwortung bedeutet eben auch, schwierige Fragen nicht dauerhaft vor sich herzuschieben. Und Verantwortung bedeutet auch, ehrlich über die finanziellen Möglichkeiten zu sprechen. Das haben wir gerade vorgestern in der Haushaltsdebatte getan.

Uns ist bewusst, dass die Finanzierung der Tierheime und des praktischen Tierschutzes eine kommunale Aufgabe ist. Und uns ist ebenso bewusst, dass wir als Land im vergangenen Jahr Einsparungen vorgenommen haben, die wir angesichts der angespannten Haushaltslage nicht zurücknehmen können.

Wir versprechen deswegen heute auch nicht, was wir morgen nicht halten können.

Unser Ansatz ist ein anderer. Wir wollen dort ansetzen, wo wir konkret etwas verbessern können. Bei der Prävention, bei der Information, bei einer besseren Zusammenarbeit und bei klaren rechtlichen Rahmenbedingungen.

Deshalb unterstützen wir ausdrücklich einen regelmäßigen Austausch der Akteure im Tierschutz.

Dieser Runde Tisch soll sich nicht nur mit schwierigen oder gefährlichen Tieren beschäftigen. Es geht um den Tierschutz insgesamt. Die guten Erfahrungen mit dem Runden Tisch Tierschutz in der Nutztierhaltung können dabei als Vorbild dienen.

Tierheime, Tierschutzvereine, Kommunen, Veterinär- und Ordnungsbehörden sowie weitere Akteure verfügen über sehr unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven.

Wenn wir dieses Wissen stärker zusammenbringen, Probleme frühzeitig erkennen und bestehende Angebote besser miteinander verknüpfen, kann das ganz konkret vor Ort helfen.

Auch bei der Positivliste wollen wir die Diskussion auf Bundesebene weiterführen. Dabei geht es um eine Prüfung, die unter anderem die artgerechte Haltung, die notwendige Sachkunde, das Gefahrenpotential und mögliche Auswirkungen auf den Artenschutz berücksichtigt.

Für uns bleibt aber ein Punkt besonders wichtig. Für die Fälle, in denen trotz aller Prävention ein Tier dauerhaft nicht vermittelbar ist, brauchen wir eine klare, rechtssichere und verantwortbare Regelung. Denn wir dürfen weder die Tierheime noch die Kommunen mit dieser besonderen Verantwortung alleinlassen.

Unser Ziel ist ein Tierschutz, der Verantwortung einfordert, Tierleid verhindert und diejenigen unterstützt, die sich tagtäglich für das Wohl der Tiere einsetzen. Ihnen gilt unser ausdrücklicher Dank. Ich freue mich, die Diskussion im Ausschuss zu beenden.